

# Grundinformationen zu Bildung in Deutschland



Da Bildungsprozesse in allen Lebensphasen, in verschiedenen Bildungsbereichen und auch außerhalb des Bildungswesens stattfinden, geht es in diesem Kapitel zunächst um bildungsbereichsübergreifende Aspekte. Es werden Sachverhalte angesprochen, die für das gesamte Bildungswesen relevant sind. Anknüpfend an die vorherigen Berichte werden Grundinformationen zum Bildungspersonal, zu den Bildungsausgaben, zur Bildungsbeteiligung sowie zum Bildungsstand der Bevölkerung dargestellt. Um Veränderungen bei diesen Strukturmerkmalen aufzuzeigen, werden die Indikatoren mit neuen Akzentuierungen fortgeschrieben. Außerdem wird erstmals bereichsübergreifend abgebildet, wie sich die Struktur der Bildungseinrichtungen in Deutschland entwickelt hat. Denn nicht zuletzt die infrastrukturellen Rahmenbedingungen sowie die Verteilung und Ausgestaltung der Bildungsangebote beeinflussen die Möglichkeit der Bildungsteilnahme. Die Indikatoren werden sowohl im Vergleich zwischen den Bildungsbereichen als auch – soweit möglich – im internationalen Vergleich betrachtet.

Der neue Indikator zu den Bildungseinrichtungen (**B1**) stellt in einer Gesamtschau dar, wie sich die institutionelle Struktur der Bildungslandschaft in Deutschland entwickelt hat. Durch Gründung, Schließung oder Zusammenlegung von Bildungseinrichtungen und Neustrukturierungen wurden die Bildungsangebote an das veränderte Bildungsverhalten bzw. an die demografische Entwicklung angepasst. Deshalb werden vor allem Aspekte der Größe, Anzahl und Trägerschaft der Bildungseinrichtungen im Zeitverlauf diskutiert sowie die Entwicklung in unterschiedlichen Regionen dargestellt.

Der Ausstattung mit Personal und Finanzressourcen kommt eine Schlüsselrolle dabei zu, wie Bildungsprozesse in den Bildungseinrichtungen ausgestaltet werden können.

Es werden bereichsübergreifende Informationen zu Alter, Geschlecht und Beschäftigungsumfang des pädagogischen Personals im Zeitverlauf verglichen (**B2**). Um Besonderheiten des Bildungspersonals erkennen zu können, werden Strukturmerkmale auch für das Personal im öffentlichen Dienst und im Vergleich für Erwerbstätige insgesamt betrachtet. Dies erlaubt Aussagen über die Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Bildungswesen im Vergleich zu allen Beschäftigten und über die Art der Beschäftigung.

Die den Bildungsbereichen zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen beeinflussen im besonderen Maße die Gestaltung der Lernumgebungen und Bildungsprozesse. Der Indikator zu Bildungsausgaben (**B3**) zeigt die Finanzausstattung des Bildungswesens im Zeitverlauf sowie die Beiträge, welche die verschiedenen Mittelgeber (öffentliche Haushalte, privatwirtschaftliche Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbszweck, Privathaushalte) zur Bildungsfinanzierung leisten. Ergänzend wird in Kapitel F die Finanzierung der Hochschulen betrachtet (vgl. **F2**).

Die derzeitige Inanspruchnahme der Bildungsangebote wird im Indikator Bildungsbeteiligung (**B4**) analysiert. Die Entwicklung der Bildungsbeteiligung entscheidet über das künftig zu erwartende Qualifikations- und Absolventenangebot. Es wird dargestellt, in welchem Umfang unterschiedliche Personen- und Altersgruppen die Bildungsangebote nutzen bzw. welche Gruppen noch stärker in den Bildungsprozess eingebunden werden sollten.

Zuletzt werden im Abschnitt zum Bildungsstand (**B5**) die Ergebnisse von bereits realisierten Bildungsprozessen erläutert. Dabei werden erworbene allgemeine und berufliche Abschlüsse betrachtet. Ergänzend wird auf Personen mit geringen Les- und Schriftsprachkompetenzen eingegangen. Der Bildungsstand zeigt näherungsweise, über welche Humanressourcen die Gesellschaft verfügt.

## Bildungseinrichtungen

Im Mittelpunkt dieses Indikators steht die Entwicklung der Bildungsinfrastruktur, wobei zunächst Aspekte der Anzahl, der Größe und der Trägerschaft von Bildungseinrichtungen <sup>M</sup> in den Bildungsbereichen im Vordergrund stehen. Um Anhaltspunkte für Unterschiede in der Bildungsbeteiligung bzw. beim Bildungserfolg zu haben, wird auch betrachtet, wie sich die Struktur des Bildungsangebots in unterschiedlichen Regionen verändert hat.

In den letzten Jahren haben Länder, Kommunen sowie freie Träger, also Einrichtungen in kirchlicher, gemeinnütziger und gewerblicher Trägerschaft, das Bildungsangebot durch die Gründung, Schließung oder Zusammenlegung von Bildungseinrichtungen sowie durch eine Neustrukturierung der Bildungsprogramme, an das veränderte Bildungsverhalten bzw. an die demografische Entwicklung angepasst. Die Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen beeinflusst zum einen das individuelle Bildungsverhalten und zum anderen die regionale bzw. gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Je jünger die Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind, desto bedeutsamer ist die Erreichbarkeit der Bildungsangebote für die Art der Bildungsteilnahme. Aber selbst für junge Erwachsene ist das regionale Angebot ein wichtiger Faktor für die Wahl des Berufs oder des Studienorts.

### Struktur des Bildungsangebots in Deutschland nach Trägerschaft

**Gesamtzahl der  
Bildungseinrichtungen  
geht zurück ...**

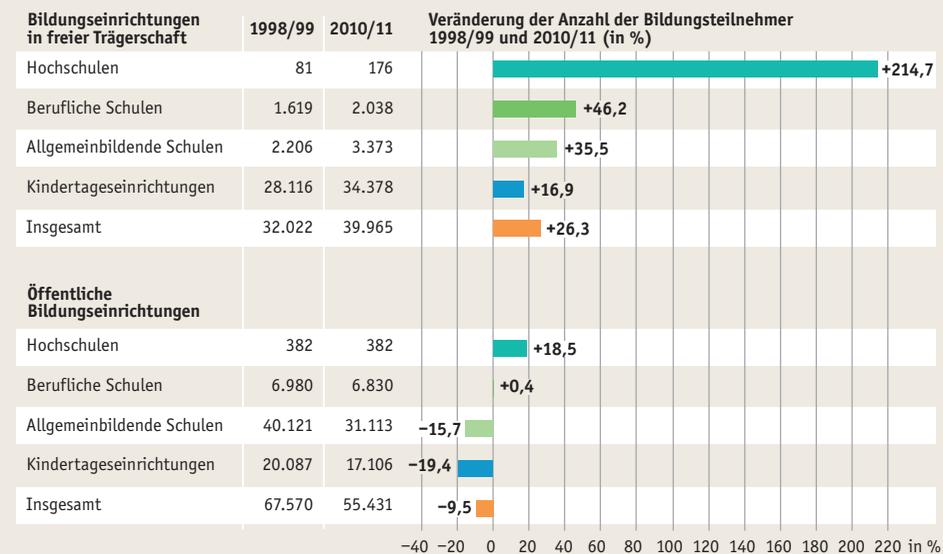
In Deutschland besuchen 2010 gut 16,8 Millionen Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die rund 95.000 Bildungseinrichtungen des formalen Bildungssektors. Damit gibt es 2010 rund 4.000 Bildungseinrichtungen weniger als 1998 (**Tab. B1-1A, Tab. B1-3web**). Während im Elementarbereich aufgrund des Ausbaus des Bildungsangebots für unter 3-Jährige die Zahl der Einrichtungen gestiegen ist, führten Schülerrückgang und Schulstrukturen in einem größeren Umfang zu Schulschließungen. Im Hochschulbereich ist dagegen die Zahl der Einrichtungen durch Neugründung oder Umwandlung seit 1998 um 95 (der Großteil davon sind Fachhochschulen) auf 558 gestiegen.

In zahlreichen Städten und Gemeinden wird das öffentliche Bildungsangebot durch Angebote in freier Trägerschaft ergänzt oder teilweise ersetzt. Der Anteil der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft an den Einrichtungen insgesamt differiert nach Bildungsbereichen (**Tab. B1-3web, Tab. B1-4web, Tab. B1-5web**). Im Elementarbereich sind die meisten Tageseinrichtungen in freier Trägerschaft, während sich die Mehrheit der Schulen und Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft befinden.

Sowohl die Gründung einer Bildungseinrichtung in freier Trägerschaft als auch ihr individueller Besuch können dabei aus sehr unterschiedlichen Motivationen erfolgen. So stehen im Schulbereich vielfach der Erhalt eines wohnortnahen Bildungsangebots, pädagogische Vorstellungen der Träger, konfessionelle und weltanschauliche Prägungen oder eine internationale Ausrichtung im Vordergrund. Gründungen im Hochschulbereich erfolgen, beispielsweise im Konzept der dualen Hochschulen, um die Ausbildungsprogramme mit den Qualifikationserfordernissen der (künftigen) Arbeitgeber zu verzahnen.

Kindertageseinrichtungen werden in Westdeutschland traditionell zu einem Großteil von kirchlichen oder anderen freien Trägern betrieben. Mittlerweile sind auch in den ostdeutschen Bundesländern mehr als die Hälfte der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft.

**Abb. B1-1: Veränderung der Anzahl der Bildungseinrichtungen und der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer 1998/99 und 2010/11 nach Bildungsbereichen und Art der Trägerschaft**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Schulstatistik, Hochschulstatistik

→ Tab. B1-4web, Tab. B1-5web, Tab. B1-6web, Tab. B1-9web

Über alle Bildungsbereiche hinweg ist die Anzahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft in den letzten 12 Jahren gestiegen (Abb. B1-1). Besonders stark ist dieser Anstieg bei den Hochschulen und den allgemeinbildenden Schulen. Die Anzahl der öffentlichen Bildungseinrichtungen ist außer bei den Hochschulen in allen Bildungsbereichen zurückgegangen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei den Teilnehmerzahlen.

In den ostdeutschen Flächenländern waren vor der Wiedervereinigung nahezu alle Bildungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft. Hier ist die Zahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft seit 1998 um über 80 Prozent gestiegen, die Zahl der allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft hat sich in diesem Zeitraum nahezu vervierfacht (Tab. B1-5web, vgl. D1). Gleichzeitig ging die Anzahl der Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft deutlich zurück (Tab. B1-4web). In den öffentlichen Bildungseinrichtungen hat sich die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in den ostdeutschen Flächenländern, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung nach der Wiedervereinigung, fast halbiert (Tab. B1-6web).

Einrichtungen in freier Trägerschaft sind in der Regel kleiner als die in öffentlicher Trägerschaft (Tab. B1-2A, Tab. B1-7web, Tab. B1-8web). So sind 42% der Bildungseinrichtungen solche in freier Trägerschaft; jedoch besuchen nur rund 18% der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer diese Einrichtungen (Tab. B1-5web, Tab. B1-9web).

... gleichzeitig steigt die Anzahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft

Einrichtungen in freier Trägerschaft in der Regel kleiner

## Demografische Entwicklung und regionale Unterschiede im Bildungsangebot

Die Sicherung eines umfassenden regionalen Bildungsangebots ist für Länder und Gemeinden angesichts der demografischen Entwicklung, einer gesellschaftlichen Orientierung hin zu höherqualifizierenden Bildungsangeboten und des zunehmenden Angebots in freier Trägerschaft im Elementar- und Schulbereich, eine große Herausforderung. Insbesondere im Schulbereich war die Schließung vieler Bildungs-

### Weniger Schulen infolge der demografischen Entwicklung

einrichtungen erforderlich. So werden in den ostdeutschen Flächenländern 2010/11 mit 5.526 allgemeinbildenden Schulen 39% weniger Schulen registriert als 1998/99 (9.025 Schulen) (Tab. B1-3web). Die Zahl der Schülerinnen und Schüler je Schule sinkt in den neuen Ländern im gleichen Zeitraum durchschnittlich von 209 auf 182 (Tab. B1-2A, Tab. B1-7web, Tab. B1-8web). Die Schülerzahl geht also noch stärker zurück als die Anzahl der Schulen. Im Interesse eines wohnortnahen Bildungsangebots werden somit kleinere Schulen in Kauf genommen.

Über alle Bildungsbereiche hinweg betrachtet ist in Kreisen mit einem Bevölkerungsrückgang in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen von mehr als 30% die Zahl der Bildungseinrichtungen von 16.008 auf 12.098 gesunken (Tab. B1-10web, Tab. B1-11web, Tab. B1-12web). In diese Kategorie fallen insgesamt 71 ausschließlich ostdeutsche Kreise. In den demografisch stark schrumpfenden Kreisen ist nicht nur die Zahl der Einrichtungen massiv zurückgegangen, sondern zugleich auch die Teilnehmerzahl je Einrichtung.

Unterschiede und Veränderungen in der Bildungsinfrastruktur zeigen sich auf regionaler Ebene besonders deutlich (Abb. B1-2A, Tab. B1-13web, Tab. B1-14web, Tab. B1-15web). In Regionen, die in der Typisierung der Kreise<sup>M</sup> als „Kernstädte“ oder „Verdichtetes Umland“ bezeichnet werden, sind – abgesehen vom Elementarbereich – häufiger Einrichtungen in freier Trägerschaft angesiedelt. Das bedeutet umgekehrt auch, dass in ländlichen Gebieten größtenteils weniger Wahlmöglichkeiten bestehen als in Verdichtungsräumen. Hochschulen wurden in den vergangenen 12 Jahren nur vereinzelt außerhalb der Kernstädte oder Verdichtungsräume gegründet. Unterschiede werden darüber hinaus insbesondere im Zusammenhang mit dem demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen erkennbar. So ist die Anzahl der allgemeinbildenden Schulen in Kreisen des ländlichen Raums in den zurückliegenden 12 Jahren überdurchschnittlich zurückgegangen. Trotz der Schulschließungen liegt die Zahl der Schülerinnen und Schüler je Schule in diesen Kreisen nicht nur deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, sie ist auch im gleichen Zeitraum nochmals gesunken.

### Weniger Schülerinnen und Schüler pro Schule im länd- lichen Raum

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird nach den fortgeschriebenen Bildungsvoraussetzungen in den nächsten Jahren weiter zurückgehen. So wurde für Deutschland insgesamt für den Sekundarbereich I bis 2015 ein Rückgang von 8,5%, bis 2025 von 18% berechnet. Daher ist in den nächsten Jahren mit weiteren Umgestaltungen der Bildungslandschaft zu rechnen.

#### **M**ethodische Erläuterungen

##### **Bildungseinrichtungen**

Betrachtet werden Bildungseinrichtungen des formalen Bildungssystems: Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Hochschulen. Zu den Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft zählen Einrichtungen kirchlicher, gemeinnütziger und gewerblicher Träger. Die Einrichtungen werden nach bereichsspezifischen Kriterien abgegrenzt. Dabei gelten insbesondere im Schulbereich teilweise länderspezifische Regelungen zur Schulorganisation (z. B. Organisationseinheit, Niederlassungen, Grad der Zusammenfassung von mehreren Schularten in einer Schule bis hin zur Verwaltungseinheit). Hochschulen mit mehreren

Hochschulstandorten werden mehrfach gezählt. Nicht betrachtet werden Weiterbildungseinrichtungen und informelle Lernorte.

##### **Typisierung der Kreise**

Die Typisierung der Kreise basiert auf der vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) entwickelten Einteilung in siedlungsstrukturelle Kreistypen. Verwendet werden die vier zusammengefassten Kreistypen nach Stadt-Umland-Beziehungen: Kernstädte, Verdichtetes Umland, Ländliches Umland, Ländlicher Raum.

# Bildungspersonal

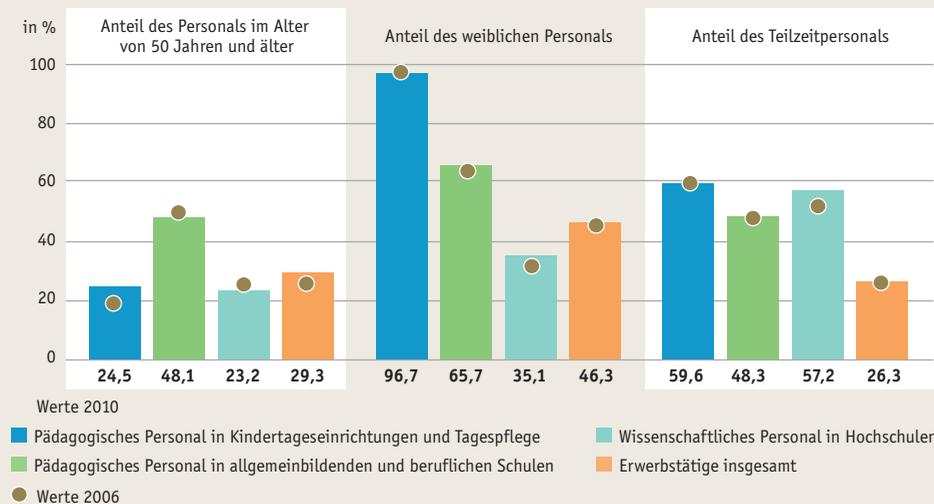
Dem Bildungspersonal <sup>M</sup> kommt für die erfolgreiche Gestaltung von Bildungsprozessen, die damit vermittelten Kompetenzen und erworbenen Abschlüsse sowie die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität des Bildungssystems eine entscheidende Bedeutung zu. Die Bildungspersonalrechnung <sup>M</sup>, in der das Personal nach Art der Tätigkeit, Alter, Geschlecht und Beschäftigungsumfang dargestellt wird, ermöglicht bereichsübergreifende Vergleiche (vgl. **C4** und **D4**).

## Personal der Bildungseinrichtungen im Überblick

Im Jahr 2010 sind gut 2,1 Millionen Personen in Kindertageseinrichtungen, als Tagespflegepersonen, an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie an Hochschulen beschäftigt (**Tab. B2-1A**). Das sind 5,5% aller Erwerbstätigen. 21% der in den betrachteten Bildungsbereichen Beschäftigten sind 2010 nicht mit pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Aufgaben betraut (**Abb. B2-3A**). Dieser Anteil ist im Hochschulbereich mit 45% am höchsten, was vor allem auf das Pflegepersonal an Universitätskliniken zurückzuführen ist. Seit 2006 ist die Anzahl der im Bildungswesen Beschäftigten gestiegen (2006: 1,97 Millionen, 2010: 2,15 Millionen). Berücksichtigt man ausschließlich die demografischen Einflussfaktoren und bereits politisch beschlossene Ausbaumaßnahmen, so wird die Anzahl des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals nach der fortgeschriebenen Bildungsvorausberechnung bis 2025 um rund 6% sinken (**Tab. B2-4web**). Während demnach für die Schulen ein Personalrückgang erwartet wird, wird der Personalbedarf für Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege steigen (vgl. **C4**). An den Hochschulen wird nach der fortgeschriebenen Bildungsvorausberechnung wegen der höheren Studierendenzahlen bei gleichbleibenden Bedingungen der Bedarf an Lehr- und Forschungspersonal zumindest bis 2015 steigen (vgl. **F1**).

Anzahl der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen auf gut 2,1 Millionen gestiegen

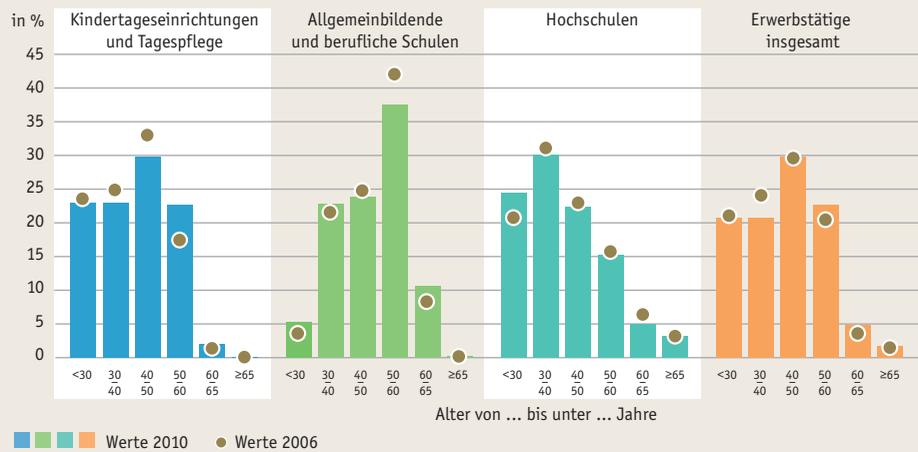
**Abb. B2-1: Struktur des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals im Vergleich zu allen Erwerbstätigen 2006 und 2010 (in %)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung, Mikrozensus

→ Tab. B2-2A, Tab. B2-3A, Tab. B2-7web

**Abb. B2-2: Altersstruktur des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals im Vergleich zu allen Erwerbstätigen 2006 und 2010**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung, Mikrozensus

### Altersstruktur des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals

**Große Unterschiede in der Altersstruktur zwischen den Bildungsbereichen**

**Weiterhin hoher Ersatzbedarf an Personal für Schulen**

Der Anteil des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals von 50 Jahren und älter liegt seit 2006 fast unverändert bei 38% (Tab. B2-2A). Er liegt weiterhin deutlich über dem Anteil dieser Altersgruppe an allen Erwerbstätigen (29%), der sich allerdings im gleichen Zeitraum um fast 4 Prozentpunkte erhöht hat (Abb. B2-1). Die Altersstruktur unterscheidet sich in den Bildungsbereichen erheblich (Abb. B2-2). Vor allem an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen besteht in den nächsten Jahren ein beträchtlicher Ersatzbedarf, da hier fast jede zweite Lehrkraft 50 Jahre und älter ist. In den Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege ist der Anteil des pädagogischen Personals im Alter von 50 Jahren und älter insgesamt mit 25% deutlich niedriger. In den letzten Jahren ist allerdings in allen Ländern der Anteil der älteren Altersgruppen deutlich gestiegen. Im Hochschulbereich sind mit 23% im Vergleich zu allen Erwerbstätigen ebenfalls weniger Personen im Alter von 50 Jahren und älter tätig. Junge Doktorandinnen und Doktoranden sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen für einen hohen Anteil der jungen Altersgruppen im Hochschulbereich. Allerdings sind 2010 53% der Professorinnen und Professoren älter als 50 Jahre. Deutschland weist im internationalen Vergleich in den Bildungsbereichen insgesamt einen der höchsten Anteile von Personal im Alter von 50 Jahren und älter auf (Tab. B2-5web). Das ist vor allem auf die hohen Anteile im Primar- und Sekundarbereich zurückzuführen.

### Pädagogisches bzw. wissenschaftliches Personal nach Geschlecht

**Je jünger die Bildungsteilnehmer, desto höher die Frauenanteile beim pädagogischen Personal**

In den betrachteten Bildungsbereichen ist der Anteil des weiblichen pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals (68%) deutlich höher als der an allen Erwerbstätigen (46%) (Abb. B2-1, Tab. B2-3A). Dabei unterscheiden sich die Bildungsbereiche stark: Während im Elementarbereich fast ausschließlich Frauen pädagogisch tätig sind (97%), beträgt der Anteil des weiblichen wissenschaftlichen Personals an Hochschulen lediglich 35%. Allerdings ist der Anteil des weiblichen Personals an Hochschulen in den letzten Jahren gestiegen. Trotz dieser Steigerung zählt Deutschland im internationalen Vergleich immer noch zu den Staaten mit den geringsten Anteilen an weiblichem wissenschaftlichen Personal im Tertiärbereich (Tab. B2-6web). Das

Muster, das sich für Deutschland zeigt, findet man auch international: Je jünger die Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, desto höher die Frauenanteile beim pädagogischen Personal.

## Beschäftigungsumfang des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals

Insgesamt ist der Anteil des teilzeitbeschäftigten pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals in den Bildungseinrichtungen mit 53% gut doppelt so hoch wie bei allen Erwerbstätigen (26%) (Tab. B2-7web). Alle Bildungsbereiche verzeichnen im Vergleich zu den Erwerbstätigen insgesamt deutlich höhere Anteile an Teilzeitbeschäftigten (Abb. B2-1). Zu beachten ist, dass die Teilzeitbeschäftigung zum Teil auch bereichsspezifische Ursachen hat. Auf den Schülerrückgang in Ostdeutschland wurde mit einer Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung reagiert. An Hochschulen wurden aufgrund der Zunahme der Drittmittelforschung (vgl. F2) und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Promotionsstellen) vermehrt befristete Teilzeitstellen geschaffen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie andere persönliche Aspekte sind weitere wichtige Gründe für die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung (vgl. A3). Im internationalen Vergleich verzeichnet Deutschland einen der höchsten Anteile von in Teilzeit beschäftigtem pädagogischen Personal (Tab. B2-8web).

**Teilzeitbeschäftigung im Bildungswesen doppelt so hoch wie bei allen Erwerbstätigen**

## Beschäftigungsverhältnisse des Bildungspersonals im öffentlichen Dienst

2010 arbeiten knapp 4,4 Millionen Personen im öffentlichen Dienst (Tab. B2-9web). Das Bildungswesen ist hierbei der personalintensivste Bereich – 30% aller Beschäftigten arbeiten in Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie Hochschulen. Der Personalzuwachs der letzten Jahre im öffentlichen Dienst resultiert im Wesentlichen aus Personaleinstellungen im Bildungswesen. Dabei sind allerdings nicht mehr unbefristete Stellen geschaffen worden, sondern fast ausschließlich zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse. 2010 beträgt der Anteil der Zeitverträge im gesamten öffentlichen Dienst 12%, im Bildungsbereich 15%. Davon sind die jüngeren Altersgruppen in allen Bildungsbereichen deutlich stärker betroffen. Den mit Abstand höchsten Anteil verzeichnen die Hochschulen, an denen 2010 47% aller Beschäftigten in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis stehen (2002: 33%). Der Anstieg im Hochschulbereich muss auch in Zusammenhang mit dem Anstieg der Drittmittelforschung (vgl. F2) und dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz gesehen werden, das 2007 verabschiedet wurde und die Möglichkeit der befristeten Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft regelt. Die befristeten Arbeitsverträge haben eher kurze Laufzeiten, viele sind auf weniger als ein Jahr angelegt.

**Zuwachs beim Bildungspersonal auf Zeitvertragsbasis**

### Methodische Erläuterungen

**Bildungspersonal** Bildungspersonal wird verstanden als das in Einrichtungen des Bildungswesens beschäftigte Personal. Dies umfasst sowohl das pädagogische bzw. wissenschaftliche als auch das sonstige Personal. Zum *pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal* zählen Tagespflegepersonen, das im Gruppendienst tätige Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Personen in Berufsausbildung), Lehrkräfte in Schulen sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal in Hochschulen. Zum *sonstigen Personal* zählen das Leitungs-, Verwaltungs- und hauswirtschaftliche/technische Personal in Kindertageseinrichtungen, Personal in Schulen im mittleren und einfachen Dienst sowie das

Verwaltungs- und technische Personal in Hochschulen (ohne Personen in Berufsausbildung).

**Bildungspersonalrechnung** Die Bildungspersonalrechnung weist Angaben zum Bildungspersonal über alle Bildungsbereiche einheitlich und überschneidungsfrei nach. Derzeit umfassen die Daten das Personal in Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Schulen des Gesundheitswesens, Hochschulen (einschließlich Hochschulkliniken) sowie Tagespflegepersonen. Hierfür werden Angaben aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik, der Schulstatistik, der Hochschulstatistik, der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes sowie Angaben der KMK zusammengeführt.

## Bildungsausgaben

Die Bildungsausgaben<sup>M</sup> zeigen, welche finanziellen Ressourcen dem Bildungssystem zur Verfügung stehen. An ihrer Höhe lässt sich auch der Stellenwert ablesen, den eine Gesellschaft der Bildung beimisst. Die Ausgaben für Bildung und Forschung beeinflussen die individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in beträchtlichem Maß (vgl. **A2**). Daher ist die Verbesserung der Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und deren Finanzierung durch Bund, Länder, Gemeinden und den privaten Bereich ein wichtiger Aspekt in der bildungspolitischen Diskussion.

### Bildungsausgaben im Überblick

Die Bildungsausgaben werden im Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft<sup>M</sup> zusammengefasst und nach Teilbudgets gegliedert. Je nach Betrachtungsebene ergeben sich unterschiedliche Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP) (**Abb. B3-3A**).

Für Bildung, Forschung und Wissenschaft wurden 2009 in Deutschland 224,8 Milliarden Euro ausgegeben gegenüber 214,2 Milliarden Euro im Vorjahr. Davon entfielen 164,6 Milliarden Euro auf Bildung. Nach vorläufigen Berechnungen werden die Bildungsausgaben im Jahr 2010 172,3 Milliarden Euro betragen.

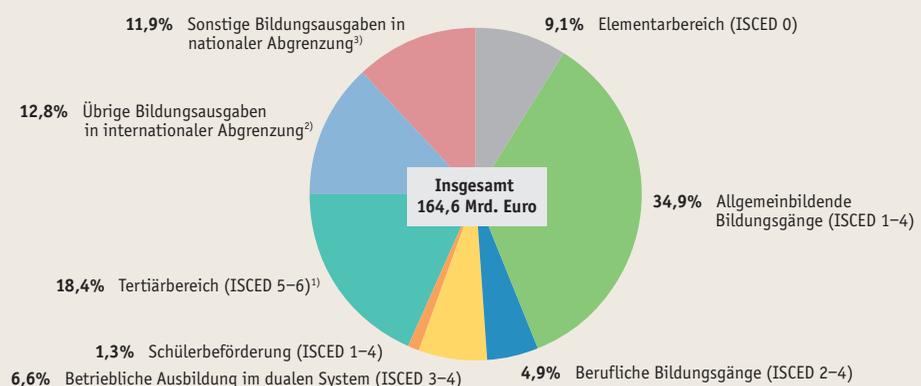
**9,5% des BIP für Bildung, Forschung und Wissenschaft**

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt lag der Anteil von Bildung, Forschung und Wissenschaft im Jahr 2009 bei 9,5% und damit höher als im Jahr 1995 (8,8%) (**Tab. B3-1A, Tab. B3-2A**). Während 2009 die Wirtschaftsleistung im Zuge der Finanzkrise gegenüber dem Vorjahr schrumpfte, wurden die Bildungsausgaben – begünstigt durch das Zukunftsinvestitionsgesetz und andere Sonderprogramme – erhöht. Dadurch stieg der Anteil der Bildungsausgaben am BIP auf 6,9% (2010: 7,0%).

### Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen

Bei den Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen dominiert mit großem Abstand der Schulbereich (**Abb. B3-1, Tab. B3-1A**). Im Jahr 2009 wurden für allgemeinbildende

**Abb. B3-1: Bildungsausgaben 2009 nach Bildungsbereichen\***



\* Erläuterungen vgl. **Tab. B3-1A**

1) Einschließlich Forschungsausgaben der Hochschulen

2) Beamtenausbildung im mittleren Dienst, Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung, Studienseminare, Ausgaben privater Haushalte für Lernmittel, Nachhilfe und dergleichen, Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen

3) Betriebliche Weiterbildung, Krippen und Horte, Lehrerfortbildung, Volkshochschulen, Förderung der beruflichen Weiterbildung

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsbudget 2009

Bildungsgänge 57,5 Milliarden Euro, für berufliche Bildungsgänge (ohne Fachschulen, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens im Tertiärbereich und ohne betriebliche Ausgaben) 8,0 Milliarden Euro aufgewendet, für den Elementarbereich 15,0 Milliarden Euro, für Hochschulen (vgl. F2) und andere tertiäre Bildungseinrichtungen 30,3 Milliarden Euro. Die Weiterbildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales lagen im Jahr 2009 bei 3,5 Milliarden Euro (Tab. B3-3web). Die Volkshochschulen gaben 2009 1,0 Milliarden Euro aus.

In den Jahren 2009 und 2010 ist tendenziell in allen Bildungsbereichen ein Anstieg der Ausgaben gegenüber 2008 zu verzeichnen.

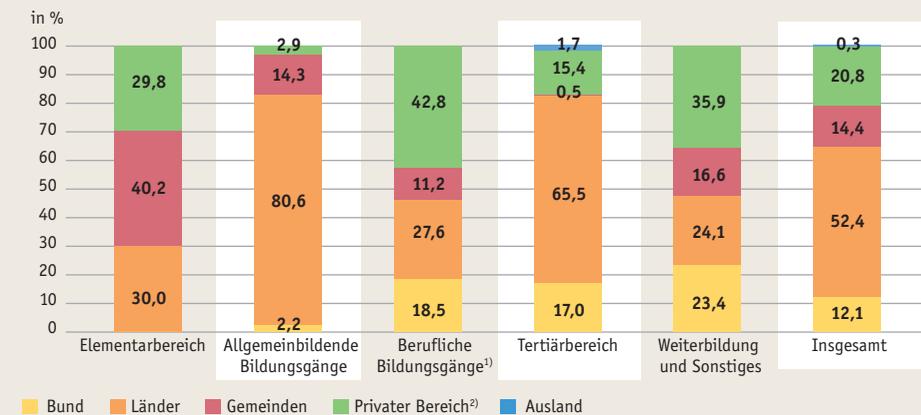
## Bildungsausgaben nach finanzierenden Sektoren

Das deutsche Bildungswesen ist im Schul- und Hochschulbereich geprägt durch ein öffentlich finanziertes Bildungsangebot. Im Elementarbereich, in der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung sind private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen traditionell stärker an der Finanzierung beteiligt.

Rund vier Fünftel der gesamten Bildungsausgaben werden 2009 von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht, das restliche Fünftel von Privathaushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen sowie vom Ausland (Abb. B3-2, Tab. B3-1A). Der Bund finanziert, verteilt über alle Bildungsbereiche, 12% der Bildungsausgaben. Auf die Länder entfallen 52%, auf die Gemeinden 14%. Vor allem im Elementarbereich spielt die Finanzierung durch die Gemeinden eine große Rolle. Während Schulen und Hochschulen in erster Linie vom Staat finanziert werden, sind die berufliche Bildung und die Weiterbildung in wesentlichen Teilen privat finanziert.

Öffentliche Haushalte finanzieren vier Fünftel der Bildungsausgaben

Abb. B3-2: Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben 2009 nach Bildungsbereichen\* (in % der Gesamtausgaben)



\* Erläuterungen vgl. Tab. B3-1A

1) Einschließlich duales System

2) Private Haushalte, Unternehmen, private Organisationen ohne Erwerbszweck

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsbudget 2009

## Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer

Die jährlichen Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer<sup>M</sup> unterscheiden sich zwischen den Bildungseinrichtungen erheblich. Während 2009 für einen Gymnasiasten im Bundesdurchschnitt rund 6.200 Euro aufgewendet wurden, entfielen auf einen Grundschüler 4.800 Euro (Tab. B3-4web). Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer in den einzelnen

Bereichen von den jeweiligen Besoldungs- und Gehaltsstrukturen der Lehrenden, den Betreuungsrelationen, der Unterrichtsdauer, dem Betreuungsumfang sowie den Unterschieden in den Lehrverpflichtungen der Lehrkräfte und der Entwicklung der Teilnehmerzahlen beeinflusst werden.

**Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen deutlich gestiegen**

Aufgrund der demografischen Entwicklung sowie bildungs- und finanzpolitischer Entscheidungen stiegen die Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen in jeweiligen Preisen von 4.300 Euro im Jahr 1995 auf 5.500 Euro im Jahr 2009 (**Tab. B3-5web**). In konstanten Preisen stiegen die Ausgaben je Schülerin und Schüler im früheren Bundesgebiet um 10%, in den östlichen Flächenländern real um 44%. Die Steigerung in Ostdeutschland ist primär darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben unterproportional zur Entwicklung der Schülerzahlen reduziert worden sind.

### Finanzausstattung im internationalen Vergleich

Nach den Berechnungen zum nationalen Bildungsbudget wird der BIP-Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen (in OECD-Abgrenzung) 2009 voraussichtlich 5,3% betragen (zur Abgrenzung der BIP-Anteile vgl. **Tab. B3-3A**). Die aktuellen Vergleichsdaten zu den Bildungsfinanzen der OECD-Staaten beziehen sich auf das Jahr 2008. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistung gab Deutschland 2008 mit einem BIP-Anteil von 4,8% weniger für Bildungseinrichtungen aus als andere OECD-Staaten (OECD-Mittel 5,9%) (**Tab. B3-6web**). Dabei ist relativierend zu berücksichtigen, dass der Anteil der unter 30-Jährigen, die üblicherweise Bildungseinrichtungen (z. B. Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen) besuchen, in Deutschland im Jahr 2008 in Relation zur Gesamtbevölkerung mit 32% deutlich geringer ist als in vielen anderen OECD-Staaten (OECD-Durchschnitt 41%).

**Ausgaben je Bildungsteilnehmer insgesamt über OECD-Durchschnitt**

Die absoluten Bildungsausgaben pro Teilnehmerin bzw. Teilnehmer vom Primar- bis Tertiärbereich lagen 2008 in Deutschland kaufkraftbereinigt mit 9.100 US-Dollar leicht über dem OECD-Durchschnitt (8.800 US-Dollar) (**Tab. B3-7web**). Allerdings bestehen zwischen den Bildungsbereichen deutliche Unterschiede. Die Ausgaben je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer waren im Primarbereich und im Sekundarbereich I niedriger als im OECD-Durchschnitt, in den beruflichen Bildungsgängen und im Tertiärbereich dagegen höher.

### Methodische Erläuterungen

#### Bildungsausgaben

Bildungsausgaben umfassen Personalausgaben (einschließlich Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträge), Sachaufwand, Investitionsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge für die Altersversorgung der im Bildungsbereich aktiven Beamten nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht enthalten sind Abschreibungen, Finanzierungskosten, Ausbildungsvergütungen, Personalausfallkosten der Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung und die Versorgungszahlungen für im Ruhestand befindliche ehemalige Beschäftigte des Bildungsbereichs. Im Rahmen der Bildungsförderung werden öffentliche Ausgaben für BAFöG, Umschulungen, Schülerbeförderung unter anderem nachgewiesen. Falls nicht unmittelbar erwähnt, werden die Ausgaben in den jeweiligen Preisen angegeben.

#### Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft

Das Bildungsbudget betrachtet in einer Gesamtschau Bildungsausgaben in international kompatibler Abgrenzung sowie zusätzliche bildungsrelevante Bereiche in nationaler Abgrenzung (Änderung der Methodik gegenüber dem Bildungsbericht 2008). Im Bildungsbericht werden die Finanzierungsbeiträge der Gebietskörperschaften unter Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs („Initial Funds“) dargestellt (siehe Details dazu im Bildungsfinanzbericht 2011).

#### Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer

Vgl. Erläuterung zu **Tab. B3-4web**

## Bildungsbeteiligung

Bildung bzw. Lernen kann in verschiedenen Formen an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Lebensabschnitten stattfinden. Für junge Menschen ist der Besuch von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Berufsbildung das wesentliche Element in diesem Lebensabschnitt. Bei Erwachsenen stellen Lernaktivitäten außerhalb des regulären Bildungssystems den Schwerpunkt der Bildungsbeteiligung dar. Wie in den Bildungsberichten zuvor wird zunächst die Bildungsbeteiligung nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund dargestellt. Der internationale Vergleich beleuchtet insbesondere die Bildungsbeteiligung junger Erwachsener und das Erreichen des EU-Zielwertes hinsichtlich der Verminderung der Zahl von frühen Schulabgängerinnen und -abgänger.

### Struktur der Bildungsbeteiligung in Deutschland

Rund 16,6 Millionen Personen nehmen im (Schul-)Jahr 2010/11 an Bildungsangeboten in Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen<sup>M</sup> sowie Hochschulen teil (Abb. B4-1, Tab. B4-1A).

**Abb. B4-1: Bevölkerung sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bildungseinrichtungen 2010/11 nach Bereichen und Alter\***



\* Abweichungen aufgrund rechnerischer Differenzen unterschiedlicher Statistiken

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2011, Schulstatistik 2010/11, Hochschulstatistik 2010/11

**Gesamtzahl der  
Bildungsteilnehmer  
weiterhin  
rückläufig ...**

**... vor allem im  
Primar- und  
Sekundarbereich I**

Wie sich die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer entwickelt, spielt eine wichtige Rolle für Kapazitätsplanungen und für die Verteilung der Mittel auf die Bildungsbereiche. Insgesamt nehmen seit 2007/08 demografiebedingt weniger Menschen Bildungsangebote wahr als 1995/96. Die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer erreicht 2010/11 einen neuen Tiefstand (**Tab. B4-2A**). Allerdings hat sich die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den einzelnen Bildungsbereichen aufgrund der demografischen Entwicklung und Veränderungen im Bildungsverhalten unterschiedlich entwickelt. Während im Vergleichszeitraum die Zahlen im Primarbereich und Sekundarbereich I aufgrund des Geburtenrückgangs zurückgehen, verzeichnet der Tertiärbereich aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge in den 1990er Jahren in Westdeutschland und des geänderten Bildungsverhaltens steigende Teilnehmerzahlen. Auch die Anzahl der unter 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen (**Tab. B4-3web**) hat in den letzten Jahren wegen der gestiegenen Nachfrage nach Betreuungsplätzen deutlich zugenommen (vgl. **C3**). Regelungen zum Schuleintritt, zur Wehrpflicht und das Bildungsverhalten haben einen zusätzlichen Einfluss auf die Art der Bildungsbeteiligung der Altersgruppen (vgl. **D1**). Die Ergebnisse der fortgeschriebenen Bildungsvorausberechnung zeigen den Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Teilnehmerzahlen. Demnach wird die Gesamtzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer bis 2025 voraussichtlich um 12% abnehmen (**Tab. B4-4web**). Während die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige sowie nach Studienplätzen steigt, wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler demografiebedingt weiter zurückgehen.

### Bildungsbeteiligung nach Migrationshintergrund

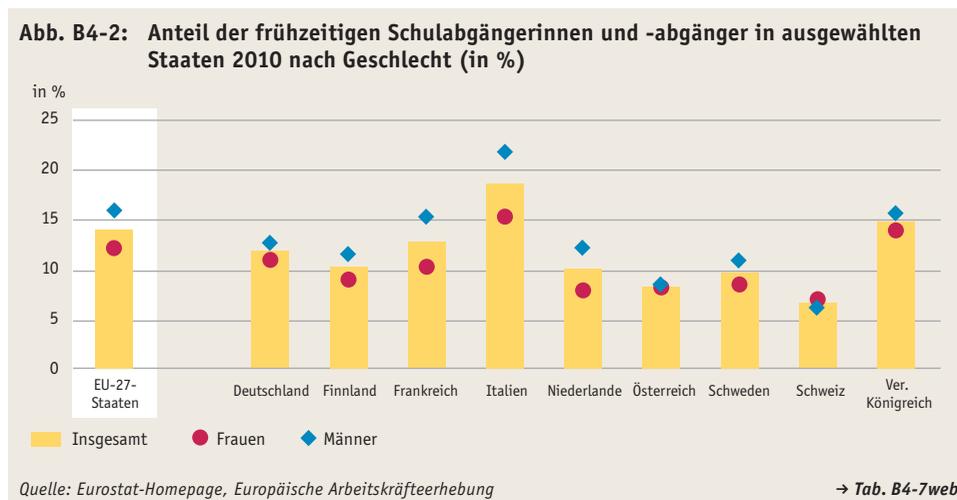
**Trotz Zunahme  
weiterhin geringere  
Bildungsbeteiligung  
von Personen  
türkischer Herkunft**

Eine hohe Bildungsbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund ist eine wichtige Grundlage für deren Integration, da eine qualifizierte Ausbildung gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg maßgeblich beeinflusst (vgl. **I1, I2**). Die Bildungsbeteiligungsquoten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund sind gegen und nach Ende der Schulpflicht sehr ähnlich (**Tab. B4-5web**). Seit 2005 hat die Bildungsbeteiligung der Personen mit Migrationshintergrund deutlich zugenommen. Insbesondere 25- bis unter 30-jährige Personen mit Migrationshintergrund aus den europäischen Staaten (ohne ehemalige Anwerbestaaten) weisen 2010 eine höhere Bildungsbeteiligung auf als Personen ohne Migrationshintergrund. Trotz einer deutlich steigenden Bildungsbeteiligung seit 2005 haben türkischstämmige Migranten sowie Personen aus den sonstigen ehemaligen Anwerbestaaten auch 2010 in allen betrachteten Altersgruppen die geringsten Beteiligungsquoten.

### Bildungsbeteiligung im internationalen Vergleich

**Überdurch-  
schnittliche Bildungs-  
beteiligung der  
jungen Bevölkerung  
in Deutschland  
im internationalen  
Vergleich**

Deutschland weist im internationalen Vergleich sowohl bei den 15- bis unter 20-Jährigen als auch bei den 20- bis unter 25-Jährigen hohe Bildungsbeteiligungsquoten auf (**Tab. B4-6web**). Die hohe Bildungsbeteiligung bei den 15- bis unter 20-Jährigen ist in Deutschland auch mit auf das duale Berufsbildungssystem zurückzuführen. Die Teilnahmequoten der 20- bis unter 25-Jährigen werden im Wesentlichen durch die relative Bedeutung der Hochschulausbildung bestimmt, die in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten vielfach später abgeschlossen wird. Während sich die Quoten für Männer und Frauen in Deutschland und z.B. den Niederlanden kaum unterscheiden, nehmen Frauen in den meisten Vergleichsstaaten deutlich häufiger Bildungsangebote wahr als Männer.



Hohe Bildungsbeteiligungsquoten gehen tendenziell mit einem niedrigen Anteil an frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgängern<sup>M</sup> einher. Diese Personen gelten als potenzielle Risikogruppe im Hinblick auf ihre Chancen am Arbeitsmarkt und ihre gesellschaftliche Teilhabe, weshalb die EU im Rahmen der Europa 2020-Strategie<sup>M</sup> unter anderem die Reduktion des Anteils der frühzeitigen Schulabgänger auf 10% als Ziel definiert hat. Der Anteil beläuft sich in Deutschland 2010 auf 12% (**Abb. B4-2, Tab. B4-7web**). Damit liegt der Anteil zwar unter dem EU-Mittelwert (14%), jedoch immer noch über der Zielmarke von 10%, die bis 2020 erreicht werden soll. Während Personen ohne Migrationshintergrund in Deutschland die europäische Zielmarke mit 10% bereits erfüllen, sind 30% der Personen mit Migrationshintergrund frühzeitige Schulabgängerinnen und -abgänger.

**Frühzeitige Schulabgängerinnen und Schulabgänger: EU-Zielwert noch nicht erreicht**

### **M**ethodische Erläuterungen

#### **Allgemeinbildende und berufliche Bildungsgänge**

Zu den allgemeinbildenden Bildungsgängen zählen allgemeinbildende Schularten sowie berufliche Schularten, an denen primär allgemeine Schulabschlüsse erworben werden (vgl. Glossar).

#### **Frühzeitige Schulabgängerinnen und -abgänger**

In der Europäischen Union bezeichnet man als frühzeitige Schulabgängerinnen und -abgänger alle Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen und derzeit nicht an Aus- und Weiterbildungen teilnehmen (vgl. Glossar).

Der Zielwert wurde neben anderen bildungsrelevanten Kernzielen zur Erhöhung des Bildungsstandes im Rahmen der „Europa 2020-Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ definiert.

#### **Europa 2020-Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum**

Die Europa 2020-Strategie ist eine Strategie der Europäischen Kommission, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Sie soll der EU und den Mitgliedsstaaten helfen, ein hohes Maß an Beschäftigung, Produktivität und sozialem Zusammenhalt zu erreichen. Die Union definiert dafür Ziele in den fünf Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung, soziale Integration und Klima/Energie, die bis 2020 verwirklicht werden sollen. Jeder Mitgliedsstaat hat für jeden dieser Bereiche seine eigenen nationalen Ziele festgelegt. Ferner wird diese Strategie durch konkrete Maßnahmen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten untermauert.

## Bildungsstand der Bevölkerung

Ein hoher Bildungsstand der Bevölkerung ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor und eine wichtige Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. Der Bildungsstand der Bevölkerung wird im Folgenden anhand von erreichten Bildungsabschlüssen betrachtet, die den Zugang zu weiterführenden Ausbildungsgängen ermöglichen und berufliche Entwicklungswege sowie Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe maßgeblich bestimmen.

**14,5% der Bevölkerung von funktionalem Analphabetismus betroffen**

Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass Bildungsabschlüsse nur bedingt Rückschlüsse auf Kompetenzen zulassen. Nach der Leo-Studie<sup>M</sup> sind 14,5% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von funktionalem Analphabetismus betroffen (**Tab. B5-5web**). Rund 60% davon sind Männer (**Tab. B5-6web**). Personen, die unzureichende deutsche Lese- und Schriftsprachkenntnisse aufweisen, haben häufiger geringere allgemeinbildende und berufliche Abschlüsse erworben (**Tab. B5-7web, Tab. B5-8web**). So haben z. B. rund ein Fünftel der funktionalen Analphabeten keinen allgemeinbildenden Abschluss, 48% maximal einen Hauptschulabschluss. Die spezifischen Kompetenzen, die Personen im Bereich allgemeiner Grundqualifikationen aufweisen, bedeuten für den Einzelnen unterschiedliche Chancen der beruflichen und gesellschaftlichen Integration und der Sicherung einer eigenständigen ökonomischen Lebensführung (vgl. **I2**). Dennoch beeinflussen die erworbenen Bildungsabschlüsse den Eintritt ins Erwerbsleben und die Erwerbsmöglichkeiten maßgeblich.

### Bildungsabschlüsse in ausgewählten Altersgruppen

**Steigender Bildungsstand der Bevölkerung**

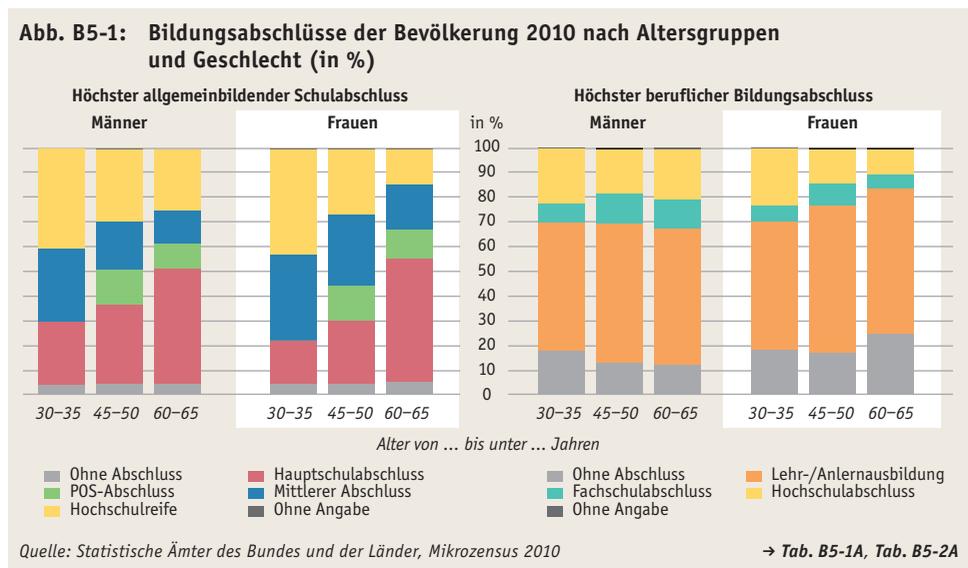
Der Bildungsstand der Bevölkerung hat sich im letzten Jahrzehnt weiter erhöht (**Tab. B5-9web, Tab. B5-10web**). Insgesamt betrachtet ist die Steigerung des Bildungsstands der Bevölkerung überwiegend auf den Anstieg bei den Frauen zurückzuführen.

Ein Kohortenvergleich zwischen drei Altersgruppen bestätigt diese Entwicklung, wobei sich die bereits in den Bildungsberichten 2008 und 2010 dargestellten Trends weiter fortsetzen (**Abb. B5-1, Tab. B5-1A**). Der Anteil der Personen mit Hochschulreife ist bei den 30- bis unter 35-jährigen mit 41% mehr als doppelt so hoch wie bei den 60- bis unter 65-jährigen (20%). Die Erhöhung des Bildungsstands ist dabei insbesondere bei den Frauen zu beobachten. Im Ländervergleich verzeichnen die ostdeutschen Länder bei den Personen ohne allgemeinbildenden Abschluss die geringsten Anteile (**Tab. B5-3web**).

**30- bis unter 35-jährige Frauen häufiger mit Hochschulabschluss als gleichaltrige Männer**

Vergleicht man die beruflichen Abschlüsse der jüngeren und älteren Alterskohorten, so zeigt sich ein Anstieg des Anteils der Personen mit Hochschulabschluss um sieben Prozentpunkte (**Tab. B5-2A**). Erstmals haben in der Altersgruppe der 30- bis unter 35-jährigen mehr Frauen als Männer einen Hochschulabschluss (23 bzw. 22%). Dies macht die starke Erhöhung des Bildungsstands bei Frauen deutlich: Der Anteil von Frauen mit Hochschulabschluss beträgt in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-jährigen mit 10% weniger als die Hälfte des entsprechenden Anteils bei den 30- bis unter 35-jährigen Frauen. 30- bis unter 35-jährige Männer weisen dagegen im Vergleich zu den 60- bis unter 65-jährigen einen nur um zwei Prozentpunkte höheren Anteil auf. Auffällig ist, dass in der Gruppe der 30- bis unter 35-jährigen der Anteil der Personen mit Hochschulreife (41%) fast doppelt so hoch ist wie der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss (22%). Ein großer Teil hat also trotz Studienberechtigung kein Hochschulstudium aufgenommen oder dieses nicht erfolgreich abgeschlossen.

Bei den 30- bis unter 35-jährigen Männern und Frauen ist der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss annähernd gleich groß. Über die Alterskohorten hinweg



ergibt sich allerdings bei Männern und Frauen ein gegenläufiges Muster: Während in der Altersgruppe der 30- bis unter 35-jährigen Frauen der Anteil ohne beruflichen Abschluss im Vergleich zu den 60- bis unter 65-jährigen um rund sieben Prozentpunkte niedriger ausfällt, verzeichnet die Kohorte der 30- bis unter 35-jährigen Männer einen um rund sechs Prozentpunkte höheren Anteil. Seit dem Bildungsbericht 2010 hat sich der Anteil der 30- bis unter 35-jährigen Männer ohne beruflichen Abschluss weiter erhöht (vgl. B3 im Bildungsbericht 2010). Im Ländervergleich weisen die ostdeutschen Länder die geringsten Anteile von Personen ohne beruflichen Abschluss auf (Tab. B5-4web, vgl. E).

**Anteil junger Männer ohne beruflichen Abschluss steigt weiter**

### Bildungsabschlüsse nach Migrationshintergrund

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung ist seit 2005 leicht gestiegen (Tab. B5-9web, Tab. B5-10web). Auch 2010 haben diese Personen im Durchschnitt einen niedrigeren Bildungsstand als Personen ohne Migrationshintergrund (Tab. B5-11web, Tab. B5-12web). So haben bei den 30- bis unter 35-jährigen lediglich 1,7% der Personen ohne Migrationshintergrund keinen allgemeinbildenden Schulabschluss, aber 10% der Personen mit Migrationshintergrund (Tab. B5-13web).

**10% der 30- bis unter 35-jährigen Personen mit Migrationshintergrund ohne allgemeinbildenden Abschluss**

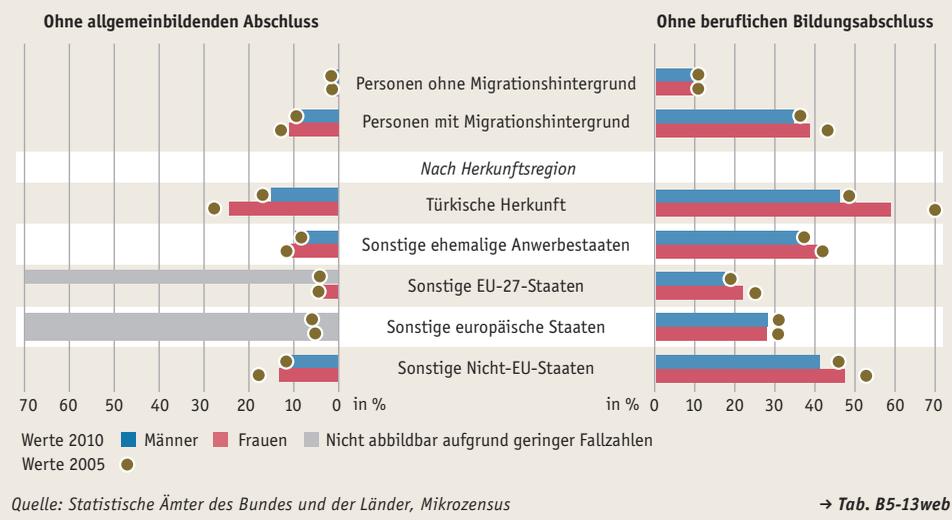
Dieser höhere Anteil ist zwar bei allen Herkunftsregionen festzustellen, jedoch sind 30- bis unter 35-jährige türkischer Herkunft mit 19% am häufigsten betroffen. Seit 2005 ist zwar vor allem bei türkischstämmigen Frauen in dieser Altersgruppe der Anteil ohne allgemeinbildenden Abschluss zurückgegangen, allerdings besitzt knapp ein Viertel immer noch keinen allgemeinbildenden Abschluss (Abb. B5-2).

**2010 mehr 30- bis unter 35-jährige türkische Frauen mit beruflichem Abschluss als 2005**

Personen ohne Migrationshintergrund erwerben auch häufiger berufliche Abschlüsse als Personen mit Migrationshintergrund (Tab. B5-12web). So ist bei 30- bis unter 35-jährigen mit Migrationshintergrund der Anteil derer, die keinen beruflichen Abschluss haben, mit rund 37% gut 26 Prozentpunkte höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Zwischen 2005 und 2010 zeigt sich jedoch auch hier bei den 30- bis unter 35-jährigen Personen mit Migrationshintergrund eine Verbesserung (Tab. B5-10web). Insbesondere türkischstämmige Frauen in dieser Altersgruppe haben 2010 häufiger einen beruflichen Abschluss erworben als 2005 (Abb. B5-2).

Ob diese positiven Entwicklungen auf verbesserte Rahmenbedingungen des Bildungssystems zurückzuführen sind oder auf eine veränderte Zusammensetzung

**Abb. B5-2: Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen ohne allgemeinbildenden bzw. beruflichen Bildungsabschluss 2005 und 2010 nach Geschlecht und Migrationshintergrund**



der Migrationspopulation (vgl. A1), ist zurzeit nicht zu beantworten. Es zeigt sich allerdings, dass zwischen 2000 und 2010 mehr Personen mit Hochschulabschluss zugewandert sind als zuvor. Während 24% der Personen, die zwischen 2000 und 2010 zugewandert sind, einen Hochschulabschluss aufweisen, hatten lediglich 12% der zwischen 1990 und 1999 zugewanderten Personen diesen Abschluss.

### Bildungsabschlüsse im internationalen Vergleich

**Steigerung der  
Anteile der  
Tertiärabschlüsse  
insbesondere  
bei Frauen**

Im Rahmen der Europa 2020-Strategie wurden sowohl nationale als auch europäische Zielwerte zur Erhöhung der Anteile der 30- bis unter 35-Jährigen mit tertiärem (oder postsekundarem nicht-tertiärem) Abschluss<sup>M</sup> formuliert. 34% der 30- bis unter 35-Jährigen hatten 2010 im EU-Durchschnitt einen Tertiärabschluss. Dabei wurde seit 2000 eine Steigerung um elf Prozentpunkte erreicht (Tab. B5-14web). Der Anteil für Deutschland liegt mit 30% unter diesem Wert und weist seit 2000 eine deutlich geringere Steigerung auf. Die Steigerung ist in Deutschland fast vollständig auf das Bildungsverhalten der Frauen zurückzuführen. Insgesamt betrachtet bedarf es besonderer Anstrengungen, wenn der europäische Zielwert für 2020, den Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit Tertiärabschluss auf 40% zu steigern, erreicht werden soll. Um der besonderen Bedeutung des Berufsbildungssystems in Deutschland zu entsprechen, berücksichtigt der nationale Zielwert zusätzlich postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse und sieht eine Erhöhung des Anteils auf 42% vor. 2010 wird bezogen auf diesen Zielwert bereits ein Anteil von 41% erreicht.

#### <sup>M</sup>Methodische Erläuterungen

##### Leo-Studie zur Literalität von Erwachsenen

Ziel der Studie ist es, die Alphabetisierungsquote der Wohnbevölkerung in Deutschland zu bestimmen. Zu diesem Zweck wurden standardisierte Tests der Lese- und Schreibfähigkeiten der Zielpersonen durchgeführt. Personen auf Alpha-Level 1 bis 3 gelten als funktionale Alphabeten. Zur Definition der einzelnen Alpha-Levels vgl. Tab. B5-5web.

##### 30- bis unter 35-Jährige mit tertiärem (oder postsekundarem nicht-tertiärem) Abschluss

Nach der Europa 2020-Strategie soll bis 2020 der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen, die einen Hochschulabschluss oder einen anderen Tertiärabschluss (ISCED 5A, ISCED 5B und ISCED 6) erreicht haben, auf 40% erhöht werden. Der nationale Zielwert schließt zusätzlich postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse (ISCED 4) ein und definiert als Ziel eine Erhöhung des Anteils auf 42% bis 2020.

## Perspektiven

Die demografische und die wirtschaftliche Entwicklung, der Strukturwandel und der Wandel politischer Zielvorstellungen sowie das geänderte Bildungsverhalten beeinflussen, wie in diesem und in den früheren Bildungsberichten dargestellt, die Ausgestaltung des Bildungswesens. Diese Entwicklungen und Trends werden zu weiteren Veränderungen im Bildungswesen führen.

In den kommenden Jahren wird es eine der wichtigsten Anforderungen an das Bildungswesen sein, die Versorgung sicherzustellen. Dazu gehört die Bereitstellung einer für alle erreichbaren, zugänglichen und bedarfsgerechten Bildungsinfrastruktur sowie die Versorgung des Bildungssystems mit ausreichend Personal und Finanzressourcen.

Die Anpassung der Bildungsinfrastruktur (**B1**) an die demografische Entwicklung und die gleichzeitige Anpassung der Bildungsprogramme an das veränderte Bildungsverhalten der Bevölkerung ist eine der zentralen Herausforderungen in den nächsten Jahren. Nach den fortgeschriebenen Bildungsvorausberechnungen werden bis 2025 über alle Bildungsbereiche hinweg 12% weniger Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer erwartet. Während aufgrund der politischen Zielvorstellungen und des gestiegenen Bedarfs die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und die Hochschulen ausgebaut werden sollen, wird im Schulbereich zu beobachten sein, ob die Spielräume genutzt werden, um Kapazitäten abzubauen oder über erweiterte Fördermaßnahmen, den Ausbau der Ganztagschulen und andere Maßnahmen die Bildungsprozesse in den Einrichtungen zu verbessern und die Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler zu steigern. Es wird sorgfältig zu beachten sein, wie sich die weiteren demografischen Veränderungen auf die Anzahl der Bildungseinrichtungen, deren Größe und Programmstruktur auswirken wird, und ob in Kreisen mit stark schrumpfender Bevölkerung ein erreichbares Bildungsangebot aufrechterhalten werden kann. Davon wird der Bildungserfolg der jungen Menschen im ländlichen Raum und die Wahrung ihrer Bildungschancen abhängen.

Die Bildungsinfrastruktur hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich verändert (**B1**). Während die Anzahl der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft zurückgegangen ist, hat sich die Anzahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sowie deren Teilnehmerzahl deutlich erhöht. Aus Nutzerperspektive

hat sich hierdurch das Bildungsangebot erweitert. Die künftige Entwicklung wird zeigen, ob und in welchen Regionen und Bildungsbereichen diese Diversifizierung der Bildungseinrichtungen stattfindet und wie sie sich auf die Chancengleichheit und den Bildungserfolg der Individuen unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft auswirken wird (**B4**, **B5**).

Neben einer funktionierenden Infrastruktur ist eine ausreichende Versorgung des Bildungssystems mit Finanzressourcen erforderlich, da die individuelle, die gesellschaftliche und ebenso die wirtschaftliche Entwicklung in einem beträchtlichen Maße durch die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens beeinflusst werden. Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben deshalb beschlossen, bis zum Jahr 2015 den Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10% des BIP zu steigern und die aufgrund der demografischen Entwicklung möglichen Minderausgaben im Bildungssystem zu belassen.

Um die eingeleiteten Reformmaßnahmen zur Anpassung der Bildungsinfrastruktur an die oben genannten Herausforderungen (z. B. Ausbau der Ganztagschulen, Betreuung der unter 3-Jährigen, Erweiterung der Hochschulkapazitäten) zu realisieren, ist die angekündigte Steigerung der Bildungsausgaben erforderlich. Investitions- und Konjunkturprogramme haben in Verbindung mit dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 dazu beigetragen, dass sich der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung am BIP auf 9,5% erhöht hat (**B3**). Es stellt für die kommenden Jahre eine große Herausforderung dar, die für den Bildungsbereich gesetzten monetären Ziele zu erreichen, da die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zusammen mit den steigenden Ausgaben für Versorgung und den Schuldendienst den finanziellen Spielraum in den öffentlichen Haushalten stark einengen wird (vgl. **A**). Zu beachten ist, dass je niedriger in Zukunft aufgrund politischer Entscheidungen die Einnahmen aus Beiträgen der privaten Haushalte im Bereich der Kindertageseinrichtungen und die Einnahmen aus Studienbeiträgen für das Erststudium ausfallen werden, desto mehr öffentliche Mittel aufgebracht werden müssen (vgl. **C2**, **F2**).

Die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit qualifiziertem Bildungspersonal (**B2**) ist ein weiterer zentraler Schlüsselfaktor für die Ergebnisse von Bildungsprozessen. Wie auch in den Berichten zuvor dargestellt, besteht aufgrund der Altersstruktur

der Lehrkräfte im Bereich der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (vgl. **D4**) in den nächsten Jahren ein erheblicher Ersatzbedarf. Im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung sowie im Hochschulbereich werden aufgrund des Ausbaus zumindest bis 2015 zusätzliche pädagogische Fachkräfte benötigt. Ob in dem erforderlichen Umfang qualifiziertes Personal gewonnen werden kann, hängt unter anderem von der Neugestaltung der Ausbildungssysteme und von der Attraktivität der pädagogischen Berufe ab. Es wird sich zeigen, ob angesichts des demografisch bedingten Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials, der Befristung von Beschäftigungsverhältnissen und der im Vergleich zur Wirtschaft unterproportionalen Einkommensentwicklung eine Tätigkeit im Bildungsbereich in Zukunft noch attraktiv sein wird. Besonderer Anstrengungen bedarf es auch, wenn aus pädagogischen Gründen der Anteil der männlichen Fachkräfte gesteigert und verstärkt Personen mit Migrationshintergrund für eine Tätigkeit in Kindertageseinrichtungen und Schulen gewonnen werden sollen.

Die Bereitstellung einer funktionierenden Bildungsinfrastruktur sowie die Bereitstellung von Personal- und Finanzressourcen sind Grundvoraussetzungen, um die Bildungsbeteiligung und schließlich den Bildungsstand der Bevölkerung zu erhöhen. Da sich die Anforderungsprofile und die Tätigkeiten durch Strukturwandel, technologischen Fortschritt und die Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verändern, ist es notwendig, die Qualifikation der Bevölkerung stetig anzupassen (vgl. **A2**). Der Stellenwert von Bildung wird durch die Europa 2020-Strategie der Europäischen Union unterstrichen. Eines der insgesamt fünf Kernziele ist die Erhöhung des Bildungsstands der Bevölkerung (**B5**). Demnach wird angestrebt, bis 2020 den Anteil der frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgänger auf 10% zu reduzieren und den Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit Tertiärabschluss auf 40% zu steigern. Beide Zielwerte werden gegenwärtig sowohl für Deutschland als auch im EU-Durchschnitt – trotz Verbesserungen – nicht erreicht. Die beobachteten Verbesserungen des Bildungsstands der Bevölkerung sind vor allem auf Frauen zurückzuführen: Junge Frauen erreichen häufiger Hochschulabschlüsse, während junge Männer

gleichzeitig immer häufiger ohne beruflichen Abschluss bleiben. Der Beobachtung des Bildungserfolgs der Männer kommt daher in Zukunft eine besondere Bedeutung zu.

Zur Sicherung der gesellschaftlichen Humanressourcen kann auch eine Verbesserung des Bildungsstands der Personen mit Migrationshintergrund beitragen. Zwar haben Personen mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren zunehmend häufiger einen höheren Bildungsabschluss erreicht, dennoch ist der Bildungsstand der aus der Türkei und den sonstigen ehemaligen Anwerbestaaten stammenden Personen nach wie vor insgesamt deutlich niedriger als der von Personen ohne Migrationshintergrund. Wegen der demografischen Entwicklung wird die deutsche Gesellschaft voraussichtlich auch in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sein. In den letzten Jahren sind vermehrt Personen mit Hochschulabschluss zugewandert. Es wird sich zeigen, ob die erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen aufgrund des Berufsqualifikationsgesetzes und der Abbau der Hindernisse für die Beschäftigung hochqualifizierter Ausländerinnen und Ausländer diese Entwicklung verstärken werden.

Voraussetzung für eine Verbesserung des Bildungsstands der Bevölkerung ist eine hohe Bildungsbeteiligung (**B4**) aller gesellschaftlichen Gruppen und eine erfolgreiche Teilnahme an Bildungsprogrammen (**B5**). Obwohl in der Altersgruppe der 30- bis unter 35-Jährigen etwa 41% eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, schließen nur 22% ein Hochschulstudium erfolgreich ab. Es bleibt abzuwarten, ob in Zukunft mehr junge Menschen motiviert werden können, ein Hochschulstudium aufzunehmen und erfolgreich abzuschließen oder ob sie aufgrund der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung eine andere berufliche Ausbildung präferieren. Die nationalen und internationalen politischen Ziele können in Deutschland nur realisiert werden, wenn eine hohe Bildungsbeteiligung von Kindern aus bildungsfernen Schichten bzw. von Personen mit Migrationshintergrund erreicht wird. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Förderung der Ganztagsbetreuung, der Bekämpfung von Risikofaktoren bei Kindern (vgl. **A3**) und der Schaffung effektiver Förderprogramme (z. B. sprachliche Früherziehung) zu.